

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	133
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	463/2022
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	24.10.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Gunsilius (SozA)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / th		
<b>Betreff:</b>	<b>Weiterentwicklung der Pflege in Stuttgart: Aktueller Stand und Handlungsempfehlungen</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 06.10.2022, GRDRs 463/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Eingangs verweist BMin Dr. Sußmann auf die Vorlage, in der die Verwaltung den aktuellen Stand und die Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Pflege in Stuttgart darstellt. Die Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder um ihre Rückmeldungen.

Im Verlauf der Aussprache werden die in der Vorlage vorgestellten Konzepte und Ideen durch die StRinnen Rühle (90/GRÜNE), Bulle-Schmid (CDU), Dr. Hackl (SPD), Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), Yüksel (FDP), von Stein (FW) und StR Dr. Mayer (AfD) begrüßt. Die Ausschussmitglieder danken der Sozialverwaltung, den Trägern der Altenhilfe und allen weiteren an der kommunalen Pflegekonferenz Beteiligten für ihre wichtige Arbeit.

In ihrer Wortmeldung betont StRin Rühle, dass es wichtig sei, künftig auch auf neue Konzepte - wie z. B. den geplanten stationär-ambulanten Ansatz - zu setzen, um dem drohenden Platz- und Personalmangel in der Pflege entgegenzuwirken. Nach einer diesbezüglichen Nachfrage der Stadträtin erklärt Herr Gunsilius (SozA), dass derzeit eine Landesförderung für ein entsprechendes Modellprojekt noch nicht vorgesehen sei, dennoch hätten die Pflegekassen im Zuge der Kommunalen Pflegekonferenz ihre Unterstützung zugesagt. Der Verwaltungsmitarbeiter betont in diesem Kontext die Notwendigkeit für neue innovative Ansätze sowie flexible Modelle in der Pflege (wie bspw.

das pflegenahes Wohnen) und die Auflösung der Sektorengrenzen, um adäquat auf die aktuelle Situation in der Pflege zu reagieren.

StRin Rühle macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass ein großer Anteil älterer pflegebedürftiger Menschen im häuslichen Umfeld gepflegt werde. Daher seien weitere Entlastungen für pflegende Angehörige notwendig. Durch einen guten Quartiersansatz müssten vor Ort Flächen für Pflegedienste sowie Möglichkeiten zur niedrigschwelligen Begegnung geschaffen werden. In diesem Zusammenhang müsse auch der steigende Bedarf an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum berücksichtigt werden. StRin Rühle regt vor diesem Hintergrund eine engere Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Stadtplanung und Wohnen an.

Zugleich, so die Stadträtin weiter, könne der Bedarf im Bereich der Pflege nicht komplett durch ambulante Angebote sowie innovative Konzepte wie pflegenahes Wohnen, Pflege-WGs o. ä. gedeckt werden. Es sei daher wichtig, jeden geeigneten Standort in der Stadt zur Realisierung stationärer Pflegeeinrichtungen zu nutzen. Eine Beschleunigung von Genehmigungsprozessen für den Bau von Pflegeeinrichtungen sei notwendig. Ferner müsse bei entsprechenden Bauvorhaben der Bedarf an Personalwohnungen sowie ggf. Kita-Plätzen von Anfang an mitbedacht werden.

Dieser Forderung der Stadträtin nach einem Ausbau der Platzzahl im stationären Bereich sowie der Notwendigkeit in diesem Zusammenhang auch Personalwohnungen anzubieten, schließen sich im weiteren Verlauf ausdrücklich auch die StRinnen Bulle-Schmid, Dr. Hackl sowie Müller-Enßlin an. StRin Dr. Hackl erinnert in diesem Zusammenhang an die GRDRs 320/2021 (Ergebnis des 3. Suchlaufs für Pflegeheimstandorte) und die Tatsache, dass bis zum Jahr 2030 bei den Langzeitpflegeplätzen ein prognostizierter Fehlbedarf von 2.052 Plätzen bestehe.

StRin Bulle-Schmid vertritt die Auffassung, dass nicht nur Träger von stationärer und ambulanter Altenhilfe, die bereit seien, Personalwohnungen zu schaffen, gefördert werden sollten, sondern ggf. auch Baugenossenschaften und Investoren. StRin Müller-Enßlin plädiert für Unterstützungen von Pflegefachkräften bei der Miethöhe für Personalwohnungen.

Herr Gunsilius verweist in diesem Kontext auf ein bereits bestehendes Förderprogramm zum sozialen Mietwohnungsbau für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er vertritt angesichts der aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt ebenfalls die Auffassung, dass die Bereitstellung von Personalwohnungen (sowie ggf. Kita-Plätzen) in Zukunft ein entscheidender Faktor sein werde, um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildende gewinnen zu können.

Die Stadträtinnen betonen im Folgenden, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssten, um Pflegepersonal zu gewinnen und zu binden. Zugleich müssten die Anstrengungen zur Stärkung der Pflegeausbildung und zur Gewinnung neuer Auszubildender verstärkt werden, um einem drohenden Personalmangel vorzubeugen. In diesem Kontext fordert StRin Rühle auch die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte und betont, dass entsprechende Fachkräfte nicht abgeschoben werden dürften. BMin Dr. Sußmann sagt die Einbindung der Ausländerbehörde und des Regierungspräsidiums bei diesem Thema zu.

StRin Bulle-Schmid richtet den Blick anschließend auf den bereits heute vorhandenen Platzmangel im Bereich der Tagespflege und bei den Kurzzeitpflegeplätzen, bspw. zur Versorgung von Patientinnen und Patienten, die aus dem Krankenhaus entlassen werden. In diesem Kontext betont die Stadträtin, dass der Ärztemangel in der Stadt eine adäquate häusliche Versorgung dieser Menschen zusätzlich erschwere. Hinzu komme, dass immer mehr Hausärzte keine Hausbesuche mehr machen würden. In diesem Zusammenhang macht StRin Bulle-Schmid darauf aufmerksam, dass viele ältere Mobilitätseingeschränkte Menschen nach wie vor auf das Auto und eine Parkmöglichkeit in der Nähe der Praxis angewiesen seien, um Arztbesuche wahrnehmen zu können.

Im Folgenden macht auch Herr Gunsilius auf den Bedarf bei den Kurzzeitpflegeplätzen aufmerksam. Derzeit gebe es 96 Kurzzeitpflegeplätze in der Stadt Stuttgart. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) beziffere den Bedarf in der Kurzzeitpflege bis zum Jahr 2030 auf 145 Plätze. Zudem, so der Verwaltungsmitarbeiter weiter, sei in Zukunft eine bessere Verzahnung zwischen Präventions- und Rehamaßnahmen sowie der Pflege notwendig.

Im weiteren Verlauf begrüßt StRin Bulle-Schmid die Absicht, zur Stärkung der ambulanten Versorgung mehr kleinere und barrierefreie Wohneinheiten zu schaffen, dennoch gelte es darauf zu achten, dadurch das Problem der Vereinsamung älterer Menschen nicht weiter zu verschlimmern.

Ferner bezeichnet StRin Bulle-Schmid die Förderung der Quartiersarbeit in Sinne einer "Caring Community" als einen guten und erstrebenswerten Ansatz. Die Stadträtin äußert jedoch Bedenken, dass der Aufbau einer solchen "sorgenden Gemeinschaft" tatsächlich gelingen könne, da die modernen Wohnformen in vielen Quartieren, und gerade in der Stuttgarter Innenstadt, sehr anonym seien. Ähnlich äußert sich hierzu auch StRin von Stein.

Im gleichen Kontext sieht StRin Dr. Hackl einen zeitnahen Konkretisierungsbedarf bezogen auf die "Caring Community" sowie weitere Handlungsempfehlungen aus der Vorlage, mit denen sich der Gemeinderat im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen zu befassen habe. Insbesondere gelte dies für die geplante städtische Förderung zum Bau von Pflegeheimen sowie die geplante Koordinierungsstelle zur Beschleunigung von Prozessen zur Realisierung neuer Pflegebauvorhaben. StRin Dr. Hackl erklärt in diesem Kontext, dass ihre Fraktion mit der durch die Verwaltung vorgeschlagenen Umwidmung der im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2022/2023 zur Pflegeheimförderung beschlossenen Mittel einverstanden sei.

Abschließend bemängelt die Stadträtin, dass im Vorfeld weder dem Stadtseniorenrat, noch dem Forum Altenhilfe die Möglichkeit eingeräumt worden sei, eine Stellungnahme zur Vorlage abzugeben. StRin Dr. Hackl bittet, dies zügig nachzuholen. Auch die Abteilung SI-IP sollte mit Blick auf die Menschen mit einem Migrationshintergrund eingebunden werden.

Darauf eingehend, verweist BMin Dr. Sußmann darauf, dass am 23.11.2022 eine gemeinsame Sitzung der Verwaltung mit Trägern der Altenhilfe und unter Einbindung des Forums Altenhilfe, des Stadtseniorenrats sowie weiterer Beteiligten stattfinden werde. Die Hauptthemen der gemeinsamen Sitzung sind die Kostensteigerungen für Pflegeeinrichtungen, die Auswirkungen des Personalmangels und die Coronamaßnahmen für Pflegeeinrichtungen. Zudem, versichert BMin Dr. Sußmann weiter, gebe es unter allen

Akteuren stets einen engen Austausch sowie Zusammenarbeit und die notwendige Beteiligung der verschiedenen Akteure werde durch unterschiedliche Formate gewährleistet.

Im Folgenden spricht StRin Yüksel das Thema Gewinnung ausländischer Pflegefachkräfte an. Die Stadträtin erklärt, dass angesichts des drohenden Personalmangels in der Pflege ggf. über konkrete Maßnahmen zur Akquise nachgedacht werden sollte, und erkundigt sich, ob von städtischer Seite oder Trägerseite in dieser Richtung bereits etwas unternommen werde bzw. ob es konkrete Zahlen bezüglich gelungener Anwerbungen gebe.

BMin Dr. Sußmann sagt zu, diesbezüglich Rücksprache mit der Abteilung SI-IP zu halten und die Ratsmitglieder in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zu informieren. Ihres Wissens nach, so die Vorsitzende, gebe es beim Stuttgarter Wellcome Center gewisse Strukturen zur Behandlung von Anfragen ausländischer Pflegefachkräfte, jedoch finde von städtischer Seite bislang keine proaktive Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland statt. Herr Gunsilius erklärt in gleichen Kontext, dass einige Träger durchaus bereits aktive Maßnahmen zur Akquise von Pflegefachkräften im Ausland unternehmen.

StRin von Stein macht im Folgenden ihrerseits ebenfalls auf den künftigen Personalbedarf im Bereich der Pflege aufmerksam. Sie plädiert in diesem Zusammenhang dafür, dass mehr Personal für die Pflege an sich und weniger für den organisatorischen Bereich zur Verfügung stehen sollten. Ferner betont die Stadträtin, dass die Verwaltung dafür Sorge tragen müsse, dass entsprechende Flächen für notwendige kommunale Infrastruktur, sei es Pflegeheime oder auch Begegnungsräume im Sinne der Quartiersarbeit, akquiriert werden könnten.

Anschließend vertritt StR Dr. Mayer die Meinung, dass es in Zukunft nicht gelingen werde, den vorhandenen Bedarf im Bereich der Pflege gänzlich durch die Angebote im ambulanten und stationären Bereich zu decken. Deshalb sei der Aufbau einer "sorgenden Gemeinschaft" sowie von Unterstützungssystemen im Quartier aus Sicht des Stadtrats unerlässlich. Ähnlich äußert sich auch Herr Gunsilius. Er berichtet von einer engen Zusammenarbeit mit der Abteilung "Soziale Quartiersentwicklung" und kündigt in diesem Kontext eine Vorlage zum Thema an.

Im Folgenden geht BMin Dr. Sußmann auf die mehrfach zum Ausdruck gebrachte Forderung der Ratsmitglieder nach einer Beschleunigung der Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse für den Bau von Pflegeeinrichtungen ein, und erklärt, dass dies in Zukunft durch eine bessere Koordinierung der Abläufe und der Zusammenarbeit der verwaltungsinternen, aber insbesondere auch der außenstehenden Akteure durch eine zentrale Stelle erreicht werden solle. Die Verwaltung werde dem Rat noch eine genauere Konzeption für eine solche Koordinierungsstelle vorlegen.

Im gleichen Zusammenhang erklärt Herr Gunsilius, dass Anfang Dezember der nächste stadtweite Grundstückssuchlauf bezüglich möglicher Standorte für den Bau neuer Pflegeeinrichtungen erfolgen werde. Über die Ergebnisse wolle man die Ratsmitglieder umgehend in einer Mitteilungsvorlage informieren. Zudem werde für nächstes Jahr eine neue Kreispflegeplanung erwartet, die ebenfalls im SGA vorgestellt wird.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch Herrn Gunsilius beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 463/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / th

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt  
ELW
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Stadtkämmerei (2)
  3. Amt für Revision
  4. L/OB-K
  5. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*